



Islamische Frauen

KRANKENKASSEN

Harem nicht versichert

Das Bundesgesundheitsministerium und die Spitzenverbände der Krankenkassen wollen verhindern, dass Zweit- und Mehrfrauen weiterhin kostenlos in der Familienversicherung der gesetzlichen Krankenkassen mitversichert werden können. „Im Hinblick auf das Verbot der Vielehe“ in Deutschland sollen ab April die entsprechenden Vorschriften des Sozialgesetzbuchs „restriktiv“ ausgelegt werden, heißt es in einer entsprechenden Vereinbarung. Künftig könne selbst dann eine Zweitfrau keine Ansprüche mehr geltend machen, wenn sich die Erstfrau nicht in Deutschland aufhalte.

Bislang vertraten Juristen des Gesundheitsministeriums eine grundlegend andere Rechtsauffassung: Im Sommer vergangenen Jahres hatte der zuständige Mitarbeiter auf die Anfrage eines Bürgers aus Rheinland-Pfalz geschrieben, die beitragsfreie Familienversicherung polygamer Ehen sei „rechtlich nicht zu beanstanden“ (SPIEGEL 43/2004). Auch die Kassen versicherten Zweit- oder Drittfrauen in der Vergangenheit problemlos mit, wenn die Ehen im Ausland rechtsgültig geschlossen worden waren. Künftig, so die Vereinbarung, sollen sich die bereits familienversicherten Zweitfrauen als freiwillige Mitglieder in der betreffenden Krankenkasse beitragspflichtig versichern. Für neue Ehepartnerinnen bleibt danach nur die Privatversicherung.

SPD

Neues Steuerkonzept

Ein völlig neues Steuerkonzept will die SPD bis zum Ende dieses Jahres vorstellen. „Wir werden mit umfassenden Reformvorschlägen zur Steuer- und Finanzpolitik in den anstehenden Bundestagswahlkampf ziehen“, sagt Ralf Stegner, Finanzminister in Schleswig-Holstein und Mitglied der Arbeitsgruppe. Bisher hatten sowohl Bundesfinanzminister Hans Eichel als auch SPD-Chef Franz Müntefering eine weitere Steuerreform kategorisch abgelehnt. Schwerpunkt der Vorschläge soll eine neue Unternehmensbesteuerung sein. Niedrigere Steuersätze für Un-



Stegner

ternehmen gehen Stegner zufolge nur, wenn die Bemessungsgrundlage verbreitert wird und die Subventionen weiter abgebaut werden. Allein dadurch könne vermieden werden, dass eine Steuersenkung Löcher in die öffentlichen Kassen reißt. Dafür müssten auch weitere Ausnahmen im Steuerrecht gestrichen werden. Die Arbeitsgruppe, der auch Eichel angehört, plant zudem eine Reform der Kapitalertragbesteuerung. Diskutiert werde unter anderem das schleswig-holsteinische Konzept einer einheitlichen Abgeltungsteuer für Zinsen und Dividenden von höchstens 30 Prozent. Derzeit werden Spitzenverdiener mit dem Höchstsatz in der Einkommensteuer (42 Prozent) zur Kasse gebeten.

AUSSENPOLITIK

Eskorte in die Kaserne

Bundeskanzler Gerhard Schröder möchte US-Präsident George W. Bush bei dessen kurzer Deutschland-Visite im Februar so lange wie möglich eskortieren. Bei dem geplanten Treffen Bushs mit US-Soldaten im Rhein-Main-Gebiet, ließ der Kanzler nach Washington übermitteln, würde er „gern teilnehmen“, sollte Bush dies wünschen. Bei früheren Reisen haben US-Präsidenten ihre GLs ohne Kanzlerbegleitung besucht. Am 23. Februar finden die offiziellen Gespräche in Mainz statt, am selben Tag soll Bush eine US-Basis – etwa in Wiesbaden oder Baumholder – besuchen. Ein amerikanisches Vorkommando wird in den nächsten Tagen geeignete Örtlichkeiten erkunden. Bush



Bush, Schröder

weilt nur einen knappen Tag, auf der Durchreise von Brüssel nach Bratislava, in Deutschland – ohne Übernachtung.

FUSSBALL-WM

Logo in Parteifarben

Mit dem Jahreswechsel startet die bayerische Staatsregierung ihre Tourismus- und Standortwerbung rund



WM-Emblem



CSU-Logo

um die Fußball-WM 2006 und präsentiert ein feschtes Logo. Motto: „Bayern am Ball“. Künftig wird es im Großformat Plakate, Werbespots und Internet-Seiten schmücken. Das Emblem ähnelt farblich und grafisch frappierend dem der CSU – was aber angeblich reiner Zufall ist. Die Task-Force von Ministerpräsident und CSU-Chef Edmund Stoiber jedenfalls versichert, die Partei habe mit dem WM-Rahmenprogramm „nicht das Geringste zu tun“.